

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

**Abonnementspreis** im Monat einschließlich Bringerlohn 1.75 Mk., bei Selbstabholung 1.65 Mk. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 5.25 Mk., für 1 Monat 1.75 Mk. (Postgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.). — Postcheckkonto Nr. 53 477.

**Redaktion:**  
Leipzig, Tauchaer Straße 19/21.  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.  
Fernsprecher: 18698.

**Anzerate** kosten die 7gespaltene Zeile oder deren Raum 50 Pfg., bei Platzvorschrift 55 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. Auf alle Anzerate 20% Feuerungszuschlag. — Der Preis für das Belegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 6.— Mk. jedes Tausend, bei Zellaufgabe 7.50 Mk. — Schluß der Annahme von Anzeraten für die folgende Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21, Fernsprecher: 4506 • Anzeraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

## Die Leipziger Volkszeitung steht unter Vorzensur.

### Ein Uebergriff der Obersten Seeresleitung.

Berlin, 1. Juni. Die Oberste Seeresleitung hat am 21. Mai eine Rundfrage erlassen, um ein klares Bild darüber zu bekommen, wie die Bevölkerung zu einer etwaigen Wiederaufnahme des Krieges stehe. An demselben Tage, an dem die Reichsregierung davon Kenntnis erhielt, nämlich am 27. Mai, telegraphierte sie an die Oberste Seeresleitung:

„Rundfrage der Obersten Seeresleitung vom 21. Mai 1919, betreffend Befragung der Bevölkerung wegen etwaiger Wiederaufnahme des Krieges, wird von der Reichsregierung nicht gebilligt. Reichsregierung erachtet Umfrage und Beantwortung sofort abzustellen, da sie als politisch anzusehen und daher über den Rahmen der Tätigkeit der Obersten Seeresleitung hinausgeht.“

Darauf hat die Oberste Seeresleitung am 30. Mai geantwortet: „Gemäß telegraphischer Anordnung der Reichsregierung ist die Rundfrage vom 21. Mai eingestellt worden.“

Nach hätte es dankbar begrüßt, wenn mir vor dieser Stellung Gelegenheit gegeben worden wäre, dem Kabinett meine Gründe für die Umfrage darzulegen. Für alle Fälle Klarheit und sichere Unterlagen zu schaffen für Entschlüsse, vor die die Oberste Seeresleitung von der Reichsregierung gestellt werden kann, war der Grund der Umfrage.

Daneben hat aber noch ein anderer Grund mitgesprochen. Nach Bekanntheit der Friedensbedingungen ist der Herr Generalsekretär mit telegraphischen, schriftlichen und mündlichen Protesten, Klagen und Rundgedrungen jeder Art überschüttet worden, auch durch oberflächliche Beobachter ist die Einbruchsgewinnung launisch, als ob Volk und Meer zum Kampf fest entschlossen seien und diesen Kampf auch gegen den Willen der Reichsregierung aufnehmen würden. Ja, es geht so weit, daß der Obersten Seeresleitung in manchen Kreisen Mangel an Entschlossenheit und nationaler Einheit vorgeworfen wurden. Unter diesen Umständen mußte ihr besonders daran liegen, ein ungetrübttes Bild über die Lage zu gewinnen, um einerseits auf die Stimmung beruhigend einzuwirken zu können, und andererseits einwandfreie Unterlagen zu erhalten, um die in absehbarer Zeit mit Sicherheit zu erwartenden Angriffe der Presse und öffentlichen Meinung mit schlüssigem Beweismaterial abwehren zu können.

Die Oberste Seeresleitung hatte also ebenso wie die Reichsregierung die Absicht, beruhigend zu wirken und die friedliche Politik des Reiches nicht durch Klatsche lädren zu lassen. Die Reichsregierung baut auf den inneren Rechtswert und die Ueberzeugungsmacht ihrer Gegenvorstellungen, nicht auf eine Erneuerung des Waffenkampfes von unserer Seite. Dabei wird es aber ihre dauernde Bemühung sein, die Sicherungsaufgaben in den Ostprovinzen in keiner Weise vernachlässigen zu lassen.

### Ein Versuch zur Gründung der rheinischen Republik.

Frankfurt a. M., 1. Juni. (W. Z. N.) In Wiesbaden und Mainz wurden heute von dem rheinischen, dem hessischen, rheinfränkischen und dem pfälzischen Arbeiterausschuß, jedoch ohne Namensnennung, unterzeichnete Plakate angeschlagen, auf denen die Gründung einer rheinischen Republik bekanntgegeben wird. Diese rheinische Republik soll nach dem Entwurf eine Friedensrepublik sein und das Rheinland, Rheinhesse, die Rheinpfalz und das Rhenanien Birkenfeld umfassen. Nur eine einzige Zeitung des besetzten Gebietes hat davon Kenntnis genommen, und sich in zustimmendem Sinne geäußert, der Mainzer Neueste Anzeiger, ein Blatt, das schon seit einigen Wochen als von feindlicher Seite gekauft gilt. Selbst wenn es sich bei diesen Vorgängen nur um groben Unfug handeln sollte, würde Hochverrat vorliegen. Die rheinische Bevölkerung bekennet sich fest entschlossen zum Reich.

St. P. a. M., 1. Juni. Heute früh erschien hier aus Wiesbaden ein Automobil, dessen Insassen in angeblich amtlichem Auftrage des französischen Kommandanten von Wiesbaden eine große Anzahl Plakate brachten, auf denen die heute erfolgte Ausrufung der alt-nassauischen Republik in Wiesbaden, der rheinischen Republik in Koblenz und der pfälzischen Republik in Speyer verkündet wurde. Die Plakate sollten öffentlich angeschlagen werden. Da die hiesigen deutschen Behörden die Nachricht bezweifelten und das Plakat weder Unterschrift noch Druckort trug, wie dies vorgeschrieben ist, lehnten sie die Anbringung der Plakate ab.

Berlin, 1. Juni. Zu dem Plakatunfug im Rheinland wird dem Berliner Tageblatt berichtet, daß in Wiesbaden die Plakate unmittelbar nachdem sie angeschlagen waren, von der Bevölkerung abgerissen wurden, so daß nur wenige Personen die Proklamation zu Gesicht bekamen.

Der Deutschen Allgemeinen Zeitung wird aus Mainz berichtet, daß als Gegenmaßnahme gegen die Ausrufung der rheinischen Republik heute der Generalkriegsrekurs verhängt werden sollte.

Berlin, 1. Juni. Weit über 100 rheinische, rheinfränkische und pfälzische Mitglieder der deutschen Nationalversammlung und der preussischen Landtagsversammlung aus allen Parteien waren am 31. Mai einer Einladung des Ministerpräsidenten Engelmann zu einer Aussprache über die Selbständigebestrebungen in den Rheinländern gefolgt. In vierstündiger Aussprache, bei welcher das ganze Material noch einmal aufgerollt wurde, trat völlige Uebereinstimmung zwischen Regierung und Abgeordneten insofern

zutage, als der Gedanke einer Loslösung vom Reich als völlig undiskutabel von allen Seiten verworfen wurde. Vor Verabschiedung der Verfassung und vor Friedensschluß könne auch an eine Wende des staatsrechtlichen Verhältnisses zu Preußen nicht gedacht werden.

Berlin, 31. Mai. Von bestunterrichteter Stelle wird aus Süddeutschland gemeldet: Französische Kontrolloffiziere bereiten die Pfalz, bearbeiten die Bürgermeister, berufen Verammlungen ein und werden offen für eine neutrale selbständige Republik Pfalz. Sie drohen den Beamten mit dem Arrestgefängnis, falls diese die Dienstleistungen verweigern sollten. Hochverräterische Plakate werden angeschlagen und verteilt. Der Verkehr nach den rechtsrheinischen Gebieten ist vollständig abgesperrt. Die Regierung und die Presse werden völlig gelähmt, so daß keine Verbindung und Aufklärung möglich ist. Die Beamten erklären, daß sie der neutralen Republik jeden Dienst verweigern. Die große Mehrheit des Volkes steht hinter ihnen.

### Kabsburger Gegenrevolutionäre.

Die Frankfurter Zeitung veröffentlicht das ihr aus Nürnberg zugegangene nachfolgende Telegramm:

„Der hat sich schon seit längerer Zeit unter dem Decknamen einer Gräfin Strohberg, Frau Valerie Salvator geb. Kabsburg, die Tochter von Franz Joseph, mit einer ihrer Tochter auf die jüngste Entwicklung der politischen Lage in Tirol, die Politik des Landesoberhauptmanns Schraffl in der Anschließfrage, sowie verschiedene andere Angelegenheiten befaßt zu sprechen, daß die Familie Kabsburg einen heimlichen Kontakt mit von der Schweiz über Innsbruck zur alten Residenz eingerichtet hat, um für eine eventuelle Rückkehr jederzeit bereit zu sein.“

### Der Kampf der Entente gegen Rußland.

Amsterdam, 1. Juni. Einer Neuermeldung aus Selsingfors zufolge sind gestern morgen das holländische Panzerschiff Petropawlowsk und drei andre Schiffe auf der Höhe der Rüste von Ingermanland erschienen und haben die Rüste bombardiert. Nach Eintreffen von sechs englischen Kriegsschiffen entspann sich ein Gefecht, das 15 Minuten dauerte. Die holländischen Schiffe flüchteten nach Kronstadt.

Amsterdam, 31. Mai. Allgemeines Handelsblatt zufolge meldet Daily Mail aus Selsingfors, daß sich die Truppen der Murman-Front rasch der Petersburger Front nähern. Die englischen Soldaten rücken längs der Murmanbahn gegen Petrowawsk auf dem Westufer des Onega-Sees vor. Sie kämpfen in Verbindung mit russischen, finnischen und finnischen Abteilungen.

### Die französische Finanzkatastrophe.

Verailles, 1. Juni. Einem Mitarbeiter des Matin zufolge äußerte sich Ribot über die finanzielle Lage Frankreichs in den nächsten Jahren folgendermaßen:

Deutschland wird bis 1928 an Frankreich 4 Milliarden bezahlen; während derselben Zeit wird Frankreich 25 Milliarden für Pensionen, 87 Milliarden für Kriegsschäden und 15 Milliarden Pfand für die Anleihe, welche Frankreich zur Bestreitung der Wiedergutmachungskosten wird ausgeben müssen, zu bezahlen haben. Unter Berücksichtigung des Erlöses von Pensionen dürfte Frankreich zunächst 40 Milliarden vorzuschießen haben. In den Jahren 1928 bis 31 wird Deutschland 1800 Millionen jährlich an Frankreich zahlen, wogegen Frankreich in derselben Zeitspanne mindestens 50 bis 60 Milliarden auszugeben haben wird. Diese großen Ausgaben Frankreichs erklärt Ribot mit der Notwendigkeit, Anleihe zur Deckung der Wiederaufbaukosten ausgeben zu müssen. Er wolle durch klare Darstellung der Finanzlage und durch Veröffentlichung dieser erschreckenden Zahlen die öffentliche Meinung auf die Notwendigkeit der finanziellen Solidarität aller Nationen lenken.

### Einberufung der Nationalversammlung.

Nach dem Berliner Tageblatt sind die Abgeordneten sämtlicher Parteien telegraphisch nach Berlin berufen worden; es sollen in den ersten Tagen dieser Woche Fraktionskammern stattfinden, in denen die einzelnen Fraktionen zu der Verfassung, insbesondere zu den Beschlüssen des Verfassungsausschusses Stellung nehmen werden. „Es ist zu erwarten, daß noch in der nächsten Woche eine Tagung der Nationalversammlung in Berlin stattfinden wird, in der die Verfassung schleunigt durchberaten, und, wenn möglich, an einem Tage verabschiedet werden soll.“

### Graf Bernstorff deutscher Botschafter in Rom?

Nach der L.-N. will Giornale d'Italia, das Organ Sonninos, erfahren haben, daß Graf Bernstorff, der frühere deutsche Botschafter in Washington, für den deutschen Botschafterposten in Rom ausersuchen sein soll.

### Wie Vogel zum Auslandspafß kam.

Wolffs Bureau berichtet: In der Nachkriegszeit des Oberleutnants Vogel ist bis jetzt folgendes (amtlich) festgestellt worden:

Am 31. Januar d. J. wurde in der Waisenstillstandskommission für einen als Kurier reisenden Kurt Velsen ein sogenanntes Dreisprachen-Ausweis ausgestellt. Derselbe trägt keine Photographie und berechtigt lediglich zur Einreise nach Spa. Mit diesem Ausweis und einem vom Polizeipräsidenten in Berlin am 7. Mai 1919 nach Deutschland und Holland ausgestellten Paß erschien am 13. Mai auf der Poststelle des Auswärtigen Amtes ein Herr, der angeblich im Auftrage der Waisenstillstandskommission um Ausstellung eines Rückreise-Sicherungsvermerks nach den Niederlanden für den Beamtanten der Kommission, Herrn Kurt Velsen, bat. Der Paß war vorschriftsmäßig mit Personalbeschreibung und mit einer Photographie des Pafßinhabers mit dessen eigenhändiger Unterschrift versehen. Die Polizei hatte unter der Photographie bemerkt, daß der Pafßinhaber tatsächlich die durch Photographie dargestellte Person sei und die Unterschrift eigenhändig vollzogen habe. Ferner war die Photographie auch vorschriftsmäßig abgestempelt. Auf Grund der vorgelegten Dokumente wurde dem Ueberbringer der Vermerk zur Erlaubnis der Ein- und Rückreise erteilt. Der holländische Sicherungsvermerk, ohne den die Einreise nach Holland unmöglich ist, erfolgte durch das holländische Generalkonsulat ohne eine Bitte oder Empfehlung einer deutschen Behörde. Es ist festgestellt, daß das Polizeipräsidium weder auf Velsen noch auf Vogel je einen Paß ausgestellt hat. Durch die sehr geschickte Ausfertigung des Ausweises hat also sowohl der Beamte des Auswärtigen Amtes als das holländische Generalkonsulat täuschen lassen.

Wenn in der Presse gegen die Pafßstelle des Auswärtigen Amtes der Vorwurf erhoben worden ist, daß sie die Identität des auf dem Bureau Erschienenen mit der auf der Photographie dargestellten Persönlichkeit nicht nachgeprüft, habe, so ist das durchaus unbegründet. Die Prüfung ist allein Sache der Polizeibehörde und hatte nach den Angaben des gefälschten Pafßes bereits stattgefunden. Die Persönlichkeit, die auf der Pafßstelle des Auswärtigen Amtes erschienen, hatte gar nicht behauptet, Pafßinhaber zu sein. Daß auf der Pafßstelle das persönliche Erscheinen des Velsen nicht verlangt worden ist, entspricht den in solchen Fällen jetzt allfälligen Vorschriften. Der Bericht des deutschen Konsulats in Soos, der einsehend worden ist, besagt, daß die Pafßstellen über den Aufenthalt Vogels bei der Gesundheitsfrei erkunden sind. Zwischen dem Nachforschenden in Soos und weiter, sobald protokolliert Unterlegen vorhanden sind, wird das Auslieferungungsverfahren bei der holländischen Regierung beantragt werden. Wegen Fälschung des Pafßes ist ein Verfahren gegen „Unbekannt“ eröffnet und bei dem Hofgericht anhängig gemacht worden. Auch darüber sind Nachforschungen im Gange, wie die Papiere des Velsen an Vogel gekommen sind.

### Der Richtige.

In Nummer 252 der Kreuzzeitung veröffentlicht Herr Helfferich — Reichsminister nennt er sich, als ob er noch im Dienst wäre — einen langen Artikel gegen die jetzige Reichsregierung wegen ihres Angebots an die Entente. Besonders die hundert Milliarden Mark in Gold, die die Regierung der Entente anbietet, haben es ihm angetan. „Ist das Dokument der Entente einseitig in der Weltgeschichte, so wird es noch in den Jahren gestellt durch die Vorschläge der Regierung; sie sind unerwähnt an Selbstverleumdung und blinder Ferkörung.“ In einer Aufwallung von deutscher Selbstachtung hätten Ebert und Scheidemann ihr Mannsbrot in die Welt gerufen. Die Vorschläge seien plattweg unerträglich, ein Teufelswerk. Sie lauteten gegen das Todesurteil der Entente auf Selbstmord.

Die hundert Milliarden in Gold seien nach dem gegenwärtigen Kursstand 300 Milliarden. „Wie kommen um alles in der Welt die Leute, die Gott in seinem Harn heute das deutsche Volk regieren läßt, auf die wahnwitzige Idee, unsern Feinden hundert Milliarden Goldmark anzubieten?“ Seinem Freunde Erzberger widmet Helfferich einen besonderen Absatz. Er ist der große Reichsverbesserer. Er werde Deutschland mit demselben selbstwürdevollen und selbstüberzeugten Vöckeln „verhandeln“, mit dem er die deutsche Note ausparoliert hat. Aber auch Vererbung bekommt sein Teil ab. Nach am 23. März habe dieser im Berliner Tageblatt geschrieben, ein solcher Friede könne nicht miterzrieben werden. Allerdings sei er damals noch nicht Minister gewesen. Damals hätten wir nicht unter schreiben können, heute könnten wir es offenbar.

Darum die Summe zu hoch sei, erklärt Helfferich aus der Berechnung des französischen Volkvermögens. Nach den letzten Schätzungen habe dieses etwa 300 Milliarden Franken betragen. Das besetzte und zerstörte Gebiet betrage etwa ein Zehntel, mache also 30 Milliarden; der Schaden betrage aber nur etwa 20 Milliarden Franken, also 10 Milliarden Mark. Diese Schätzung macht Helfferich genau so aus dem Saubergelb, wie er seinerzeit seine absurde Finanzpolitik gemacht hat. Damals hat er aus dem anderen Eckel, daß